

Absender:

---

---

---

---

## EINSCHREIBEN

---

---

---

**Einspruch gegen den Rückstandsausweis gemäß § 25 Abs 3 BUAG zu \_\_\_\_\_**

Sehr geehrte Damen und Herren,

im Namen der (\_\_\_\_\_) erheben wir gemäß § 25 Absatz 5 BUAG

### **Einspruch**

gegen den von der Bauarbeiter-Urlaubs und Abfertigungskasse ausgestellten Rückstandsausweis vom \_\_\_\_\_ zu oben genannter Geschäftszahl.

Mit gegenständlichem Rückstandsausweis wurde uns von der Bauarbeiter-Urlaubs- und Abfertigungskasse (BUAK) eine Zahlung in der Höhe von EUR \_\_\_\_\_ vorgeschrieben.

Wir ersuchen das Magistratische Bezirksamt, einen Bescheid über die Richtigkeit dieser Vorschreibung zu erlassen, da die Einbeziehung unseres Betriebes in den Geltungsbereich des BUAG verfassungswidrig ist und bitten um die Prüfung der unter diesem Gesichtspunkt vorliegenden Richtigkeit des Rückstandsausweises nach § 25 Abs 5 BUAG.

Die Kosten in Höhe von 14,30 Euro (Bundesgebühren) und 3,90 Euro pro Beilage (A3 Bogen) sind uns bekannt und werden nach Vorschreibung entrichtet.

### **Beilage(n):**

Beeinspruchter Rückstandsausweis

Beweismittel, die gegen die Richtigkeit vorgebracht werden:

---

---

---

Mit freundlichen Grüßen

---

---